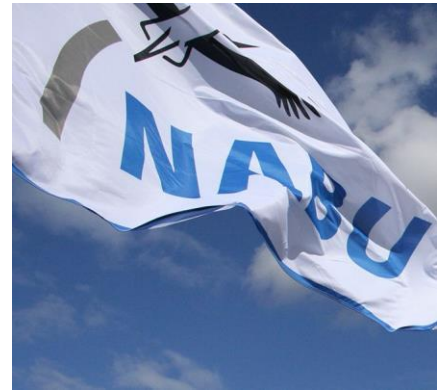




Position zum Umgang mit der AfD



1. Arbeitsauftrag und Vorgehensweise

Der Bund-Länder-Rat im Juni 2023 beauftragte die Arbeitsgruppe „Umgang mit politischen Parteien“ eine Position zum Umgang mit der AfD zu entwickeln. Mit dem wachsenden politischen Einfluss einer Partei, die einerseits Werte vertritt, die denen des NABU entgegenstehen und andererseits Anbindung an Naturschutzthemen sucht, besteht Verständigungsbedarf zum praktischen Umgang mit der Partei und handelnden Personen.

2. Unsere Werte als NABU

Der NABU ist überparteilich und überkonfessionell und bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Er steht in seiner Tätigkeit als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet den Mitgliedern unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Alter, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine Heimat.¹ Der NABU setzt sich als zivilgesellschaftlicher Akteur verantwortungsvoll für einen guten Zustand von Natur und Umwelt ein. Das Handeln des NABU basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz.² Der NABU hat zudem in seiner Verbandsordnung ausdifferenziert, dass Menschenrechte, der entschiedene Einsatz gegen Diskriminierung, Fremdenhass und Menschenfeindlichkeit und der Schutz von Betroffenen verbandliche Aufgaben sind³. Für uns ist völlig klar: Rassismus und ausschließendes Verhalten sind für den NABU nicht zu tolerieren. Der NABU trägt Verantwortung, nicht nur für den Natur- und Umweltschutz sondern auch als starke Stimme einer demokratischen Zivilgesellschaft.

3. Unser Blick auf die AfD

Die AfD ist eine Partei, die durch demokratische Wahlen in 14 von 16 deutschen Landesparlamenten gewählt wurde (Stand Oktober 2023). Auch im Deutschen Bundestag ist sie seit 2013 ununterbrochen vertreten. Sie ist durch das Parteienprivileg nach §21

¹ NABU-Bundessatzung

² Beispielhaft hierfür der Beschluss des NABU-Brandenburg zum Umgang mit der AfD

³ Vgl. NABU-Verbandsordnung, Abschnitte 3.2.1 f.

Kontakt

NABU Bundesverband

Matthias Laurisch

Fachbereichsleiter Engagement und Verbandsentwicklung

Tel. + 49 30 284984-1114

Matthias.laurisch@NABU.de

GG wie alle Parteien mit einem erhöhten Schutz- und Bestandsgarantie ausgestattet, wird zugleich bereits seit einigen Jahren als völkisch-autoritäre, rechtspopulistische, z.T. rechtsextremistische Partei angesehen⁴. Die Partei pflegt Verbindungen zu durch den Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Akteuren wie der „Identitären Bewegung“⁵. Die gesamte Partei ist seit März 2022 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft, einzelne AfD-Landesverbände werden bereits seit 2018 von Landesbehörden für Verfassungsschutz beobachtet. In Thüringen (seit 2021), Sachsen-Anhalt und Sachsen (seit 2023) gilt sie bereits als „gesichert rechtsextremistisch“. Auch die Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“ wurde im April 2023 als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft.

Die AfD vertritt offen ein autoritäres Gesellschaftsmodell und besetzt zahlreiche antidemokratische Positionen⁶. Sie verfolgt verfassungsfeindliche Bestrebungen⁷ und vertritt Werte, die denen des NABU widersprechen⁸.

Die AfD ist eine Partei mit einem klaren Gesellschaftsbild. Bei ihren Wähler*innen sieht das etwas anders aus. Eine Entscheidung für die Partei wird unterschiedlich diskutiert. Gründe, die den Diskurs bestimmen, reichen von Protestwahl bis hin zu einer extremen Gesinnung⁹. Mehr als die Hälfte der Wähler*innen erwies sich bei den Umfrageergebnissen vor der Bundestagswahl 2021 als latent oder manifest rechtsextrem eingestellt¹⁰. Eine Mehrheit wählte die AfD zu diesem Zeitpunkt also nicht trotz, sondern wegen illiberaler Einstellungen gegenüber der Demokratie und wegen ihrer autoritären Positionen. Unsere Maßnahmen sind vorrangig auf Akteur*innen ausgerichtet, die sich politisch für die AfD engagieren. Hier kann eine starke Bindung an die Partei angenommen werden, die über eine Protestwahl hinausgeht. Der NABU positioniert sich zudem grundsätzlich gegen rechtsextreme sowie rechtspopulistische Verhaltensweisen.

4. Warum ist die AfD für Naturschutz und die Ziele des NABU eine Gefahr

Naturschutz ist ein Anliegen des Gemeinwohls. Er ergibt sich nicht aus dem freien Spiel der Kräfte in unserer Wettbewerbsgesellschaft, sondern muss durch politische Regelungen gegen die allgegenwärtigen Nutzungsinteressen gesichert werden. Dafür brauchen wir demokratische Mehrheiten, deren Zustandekommen von einer gemeinsamen Grundwertebasis abhängt, über deren optimale Ausbalancierung

⁴ [Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei | Rechtspopulismus | bpb.de](#)

⁵ Siehe z.B. [Die AfD und die Identitäre Bewegung - Unterschiedliche Wege, gleiche Ziele? \(deutschlandfunkkultur.de\)](#). Vgl. auch: [Rechtsextremes Treffen: "Es könnte eine Netflix-Serie sein. Aber es ist die Realität" | ZEIT ONLINE](#)

⁶ Antidemokratische Überzeugungen sind ein Merkmal rechtsextremistischer, nicht allerdings rechtspopulistischer Strömungen (s. NABU-Broschüre „Rechte Aktivitäten im Naturschutz“).

⁷ [AfD als Verdachtsfall eingestuft | bpb.de](#)

⁸ Z.B. eine auf ausschließenden Prinzipien basierende, nicht selbstbestimmte Zivilgesellschaft, Vgl. [Programm AfD Online .pdf](#) S.47, Abschnitt 7.2

⁹ Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD | Parteien in Deutschland | bpb.de

¹⁰ [Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021 \(bertelsmann-stiftung.de\)](#)

zwischen Nutzen und Schützen in den Parteien dann immer noch intensiv gestritten werden kann.

Parteien, die Naturschutz nur als (weiteres) Thema nutzen wollen, um demokratische Prozesse verächtlich zu machen, unterminieren die Basis für notwendige Mehrheiten unserer Gemeinwohlanliegen. Sie suchen nicht nach Lösungen, sondern nutzen bestehende Probleme vor allem für Anklagen, um unsere Demokratie zu schwächen.

Das zeigt sich auch in der Naturschutzpolitik und führt zu einem ambivalenten Bild. So werden oft berechtigte Kritiken des NABU an politischen Entscheidungen scheinbar von der AfD geteilt. Im Zweifelsfall steht die AfD dann aber doch meist auf der Seite der Gegeninteressen, sei es der Landwirtschaft, des Straßenbaus oder der Jagd¹¹.

Der NABU hat sich in einer Untersuchung¹² explizit mit der Positionierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Akteur*innen und damit auch der AfD im Natur- und Umweltschutz beschäftigt. Die Untersuchung belegt: die „Neue Rechte“¹³ und auch die AfD¹⁴ intervenieren dort, wo ohnehin Konflikte bestehen. Unverkennbar bestehen Zielkonflikte im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz: Die für die Dekarbonisierung der Wirtschaft notwendige Energiewende lässt sich nur durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen. Vor Ort ergeben sich daraus sehr konkrete Konflikte zwischen Maßnahmen zum Arten- und zum Klimaschutz. In diesen Konflikten argumentieren diese Rechtspopulist*innen gegen die Energiewende auch mit Anliegen des Artenschutzes.

Auch hier suchen sie jedoch keine Lösungen im Sinne einer naturverträglichen Energiewende, sondern nutzen Artenschutzanliegen nur, um ihre allgemeine Ablehnung der Energiewende voranzubringen. Zudem nutzen sie thematische Anliegen des Naturschutzes, wie Wald, die deutsche Kulturlandschaft oder Neobiota, um diese mit ausschließenden und antidemokratischen Argumenten anzureichern. Damit versuchen sie über Naturschutzthemen antidemokratische Weltbilder in die Mitte der Gesellschaft zu bringen, wie der NABU in seiner Studie „Rechte Aktivitäten im Naturschutz“ herausgearbeitet hat. So sollen der Naturschutz und seine Themen gekapert werden¹⁵.

Das verführerisch Gefährliche ist, dass ihre Argumentationen oft „ein Körnchen Wahrheit“ enthalten. Nicht selten beziehen sie sich auf Artenschutzpositionen bzw. -studien des NABU¹⁶. An vielen Stellen drängen sie sich als Unterstützer*innen und wohlmeinende Kooperationspartner*innen auf, und versuchen so, ihre undemokratischen Motive zu verdecken.

In der Klima- und Umweltpolitik fußt das Bild der AfD immer noch weitgehend auf einem Infragestellen des menschengemachten Klimawandels¹⁷. Es wird die Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland betont, der durch die erneuerbaren Energien

¹¹ Z.B. beim Umgang mit dem Wolf, vgl. [Umwelt - Alternative für Deutschland \(afd.de\)](https://www.afd.de)

¹² Vgl. NABU-Studie [„Rechte Aktivitäten im Naturschutz“](https://www.nabu.de)

¹³ [Was die "Neue Rechte" ist – und was nicht | Rechtsextremismus | bpb.de](https://www.bpb.de)

¹⁴ B.Höcke in „Die Kehre“ Heft 06 – Sommer 2021, S.32

¹⁵ So rief B.Höcke zur Wahl des Goldregenpfeifers bei der Wahl zum Vogel des Jahres 2021 auf, weil dieser Vogel in rechtsextremen Kreisen mythologisch aufgeladen war.

Vgl. [Extremen Rechten den Vogel zeigen! | FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz \(nf-farn.de\)](https://www.farn.de)

¹⁶ Expert*innen bezeichnen dies als Metapolitik. Es ist der Versuch,

Naturschutzthemen in einen Kanon von Demokratiekritik, Menschenfeindlichkeit, Nationalismus und Ausgrenzung einzubetten.

¹⁷ [Umwelt - Alternative für Deutschland \(afd.de\)](https://www.afd.de)

entsteht. Solar und Windkraft werden als Gefahr für Landschaften und heimische Tierarten gesehen. Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel in Teilen sogar vollständig¹⁸. Der Zielkonflikt zwischen Natur- und Klimaschutz¹⁹ wird befeuert, in dem einseitig für den Schutz der deutschen, über Jahrhunderte geformten Kulturlandschaft, Partei ergriffen wird, ohne nach Wegen einer naturverträglichen Energiewende zu suchen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der populistischen Rechten ist der Umgang mit den Problemen der Globalisierung. Während demokratische Regierungen versuchen, durch gemeinsame Regelungen z.B. in der Europäischen Union den unerwünschten Nebenwirkungen von Globalisierung politische Grenzen zu setzen, lehnen die Rechtspopulist*innen die Europäische Union ab und schwächen damit genau die Ebene, auf der die globalisierte Wirtschaft noch wirkungsvoll gesteuert werden könnte. Für Natur- und Umweltschutz wäre ein Wegfall europäischer Regelungen dramatisch, denn ein Großteil des für uns wichtigen Rechtsregimes basiert auf europäischen Regelungen.

Es zeigt sich auch, dass die AfD Themen des Naturschutzes nutzt, um die eigenen, ausschließenden Gesellschaftsbilder zu transportieren²⁰. Betont wird immer die Sicherung des Eigenen, aber nicht in einem internationalen Miteinander. Stattdessen wird eine Ungleichwertigkeit von Völkern und Kulturen behauptet. Sie sollten als starre Gebilde nebeneinander existieren und sich nicht mehr mischen.²¹ Versteckt werden diese Ansichten hinter harmlosen Sätzen wie: „wir lieben das Fremde – in der Fremde“.

Die AfD steht mit diesen Konzepten nicht allein. Auch andere, aktuell vor allem rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien und Organisationen nutzen Themen des Naturschutzes. Gemein sind ihnen meist zwei Dinge: sie nutzen zum einen Naturschutzargumente als Mittel zum Zweck, übernehmen trotz gegenteiliger Aussagen im Zweifelsfall eben keine anwaltschaftliche Position für den Naturschutz. Zum anderen nutzen sie demokratische Mittel, um sie gegen die Demokratie zu richten. Damit unterscheiden sie sich in einem entscheidenden Gesichtspunkt von anderen Parteien, mit denen wir inhaltlich im Konflikt stehen.

Die nachfolgenden Betrachtungen zum Umgang mit der AfD können und sollen daher auch beispielhaft für einen Umgang mit anderen antidemokratischen Akteur*innen dienen.

5. Folgen für den Umgang des NABU mit der AfD und ähnlichen Akteur*innen

Die AfD ist wie gezeigt keine Partei wie jede andere und kann daher auch nicht so behandelt werden. Als NABU wollen wir,

- die AfD nicht als normale, demokratische Partei darstellen,
- der AfD keine Bühne für ihre Politik bieten,
- die Perspektive der AfD nicht aufwerten,
- deutlich machen, dass die Werte der AfD mit denen des NABU nicht vereinbar sind,

¹⁸ [Was sagt die AfD zum Klimawandel? Was sagen andere Parteien? Und was ist der Stand der Wissenschaft? | klimafakten.de](#)

¹⁹ [Zwischen Leugnung und Heimatschutz: Die AfD und das Klima | MDR.DE](#)

²⁰ [Der Hauptgrund, warum die AfD vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollte - Volksverpetzer](#)

²¹ Zugrunde liegt hier das Konzept des Ethnopluralismus, einer auf Kultur- und Identitätsfragen fußenden Spielart des Rassismus: [Ethnopluralismus – Wikipedia.](#)

- den Verschwörungselementen²² der AfD entgegenzutreten,
- der AfD die Argumente des Naturschutzes nicht für ihre ausgrenzende Politik überlassen,
- der AfD keine Einflussmöglichkeiten auf unsere Strukturen einräumen und uns bewusst abgrenzen,
- der AfD keine Chance bieten, sich mit dem guten Namen NABU zu schmücken.

Im Einzelnen bedeutet dies:

Im Umgang mit Personen und Positionen orientieren wir uns am Konzept eines Handlungsrahmens. Das bedeutet, wir haben in der Auseinandersetzung mit Argumenten und Akteur*innen der AfD einen Spielraum der Reaktionen (siehe unten). Innerhalb dieses Handlungsrahmens bewerten wir in der jeweiligen Situation wie und wie weit sich unsere Prinzipien umsetzen lassen.

Umso mehr dies nicht möglich erscheint, umso stärker muss die Abgrenzung erfolgen. Über die Anwendung von Reaktionen innerhalb des Handlungsrahmens bleiben die NABU-Landesverbände und der Bundesverband im Austausch, um die Konsistenz zu erhalten und inhaltliche Weiterentwicklungen zu prüfen. Die Anwendung oben genannter Prinzipien bildet die Basis unserer Reaktion.

²² Eine gängige Verschwörungserzählung der „Neuen Rechten“ greift bspw. die Einwanderung Nichtweißer sowie Menschen muslimischer Herkunft auf und zeichnet das Bild eines „großen Austausches“ mit dem Ziel eines Genozids bzw. Untergangs der weißen Bevölkerung in westlichen Staaten.

Kontaktsituation	Reaktionen des NABU
AfD-Argumente	Genauere Abwägung (siehe Prinzipien bei 5). Abhängig von Sichtbarkeit und politischer bzw. ethischer Relevanz/Bedeutung des Gesagten für den Naturschutz oder Verband erfolgt entweder inhaltliche Kritik, Einordnung und ggf. Richtigstellung; auch möglich: Ignorieren (nicht-Handeln aus Klugheit)
AfD-Wähler*innen	Verbale Abgrenzung (Verweis auf NABU-Wertebasis s.o. Abschnitt 2.) bei Aussagen, die die Gesinnung der Partei widerspiegeln. Auseinandersetzung mit dem Ziel, diese zu überzeugen, dass die AfD keine Partei für Naturschützer*innen ist.
AfD-Mitglieder	Verweis auf Wertebasis des NABU, diesbezüglich konfrontative Diskussion, wie sie denken Mitgliedschaft in der AfD mit derjenigen im NABU verbinden zu können.
AfD-Funktionär*innen im NABU	NABU-satzungsrechtlich mögliche Ordnungsmaßnahmen (Ausschluss)
Gewählte AfD-Repräsentant*innen (in Gemeinderäten, Kreis- & Landtagen, Bundestag & Europaparlament)	Keine vermeidbaren Kontakte oder Fotos, damit die AfD den guten Namen des NABU nicht für sich nutzen kann
Gewählte AfD-Staatsvertreter*innen (z.B. in öffentlichen Ämtern, Ausschussvorsitzende, Mitglieder von Beiräten, Landrät*innen, etc.)	Unterscheidung zwischen Staatsfunktion und Partei deutlich machen, keine gemeinsamen Fotos oder anderes, womit die AfD den guten Namen des NABU nutzen kann

Diese Differenzierung schreiben wir anhand unserer Erfahrungen Schritt für Schritt fort und halten sie NABU-intern verfügbar. Damit können wir einerseits unsere grundsätzliche Haltung deutlich machen, andererseits aber auch situationsangemessen reagieren und aus unseren Erfahrungen lernen.

Die oben abgebildete Tabelle ist daher wie folgt zu interpretieren.

Bei **Diskursen im öffentlichen Raum**, in denen AfD-Argumente von Dritten verwendet werden, geht der NABU, so es für notwendig, sinnvoll und/oder gewinnbringend erachtet wird, in die fachliche Auseinandersetzung. Dabei ist die eigene Wertebasis zu betonen und kann als Argument mitverwendet werden.

Für die **fachliche Auseinandersetzung** gilt, dass sich der NABU von der AfD nicht instrumentalisieren lässt. Daher vermeiden wir es, der AfD eine Bühne zu bieten und beschränken unsere Auseinandersetzung mit ihr auf das Unvermeidliche. Solch ein Fall

tritt zum Beispiel ein, wenn die AfD den NABU in der Öffentlichkeit benennt oder anspricht. Unsere Antwort folgt dann o.g. Grundsätzen und orientiert sich an unserem Blick auf die AfD.

Die AfD soll in der öffentlichen Darstellung ihrer Positionen oder Äußerungen durch den NABU (z.B. bei Wahlprüfsteinen) nicht wie andere Parteien behandelt werden. Es ist zu vermeiden, dass die Darstellung die AfD normalisiert oder ihr eine Bühne bietet. Werden Positionen oder Äußerungen dennoch veröffentlicht, so sind diese durch eine Einordnung der AfD (mit Verweis auf unsere Grundwerte) zu ergänzen. Auch Faktenchecks können hier ein geeignetes Mittel sein.

Kontakt mit der Partei als solcher wird vom NABU weder proaktiv gesucht noch werden Kontaktaufnahmen der AfD positiv beantwortet. Dazu gehören auch Einladungen zu Parteiveranstaltungen, Informationen zu NABU-Positionen oder die Benennung von NABU-Akteur*innen als Sachverständige durch die AfD. Bei Veranstaltungen Dritter, bei denen Vertreter*innen der AfD auftreten, wird im Vorfeld geprüft, ob eine Teilnahme Sinn macht, weil wir politisch etwas bewirken können oder ob wir lediglich eine Bühne für die AfD und/oder deren Positionen bieten bzw. ausschmücken.

Wir vermeiden den Kontakt mit **gewählten AfD-Vertreter*innen** in öffentlichen Gremien. Sie sollen nicht durch Einladungen des NABU aufgewertet werden. Einladungen von NABU-Akteur*innen in Gremien, in denen die AfD auch Sitze hat, sind zulässig, wenn diese nicht durch die AfD erfolgen. Einladungen können auch angenommen werden, wenn der Vorsitz bei einem*r AfD-Mandatsträger*in liegt. Solche Gremien können durch den NABU auch fachbezogen angeschrieben werden.

Ein **Kontakt zu Staatsvertreter*innen** aus der AfD wird nur hergestellt, wenn diese unsere Fachthemen in ihren öffentlichen Ämtern bearbeiten. Hierbei ist auf größtmögliche Distanz und eine entsprechende Kontextualisierung nach außen zu achten. Es wird genau geprüft, ob die Kontaktaufnahme wirklich nötig ist. Gemeinsame Fotos oder Erklärungen werden so weit wie möglich vermieden.

In Bezug auf **NABU-Mitglieder, die zugleich politische Arbeit für die AfD machen**, gilt: Der NABU hält es für unzumutbar, wenn NABU-Mitglieder politische Arbeit für die AfD machen und dabei den in § 2 Absatz 3 der NABU-Bundessatzung genannten Grundwerten des NABU widersprechen. Der NABU steht in seiner Tätigkeit als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet den Mitgliedern unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Alter, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine Heimat. Jemand, der*die diese Werte ablehnt kann nicht Mitglied im NABU sein oder werden. Das bedeutet, dass auch Vereinsausschlüsse oder die Nicht-Aufnahme in Betracht kommen.

6. Risikobewertung

Mit einer klaren verbandlichen Linie gegen rechte Einflussnahme sind unweigerlich Risiken verbunden, die sich zum einen durch innerverbandliche Reaktionen und zum anderen aus politischen Entwicklungen ergeben.

Zunächst besteht eine Gefahr darin, mit dem Handlungsrahmen eine Angriffsfläche zu eröffnen. Ein Versuch der Partei könnte beispielsweise darin liegen, den Verband und seine Regelung vorzuführen oder unsere Position zugunsten ihres Opfer-Narrativs auszulegen. Auch ist eine Konfrontation mit den Positionen anderer Parteien nicht auszuschließen, welche dann ins Verhältnis zur AfD gesetzt werden, um deren Normalisierung zu erreichen.

Zudem könnten wir uns mit einem undifferenzierten Vorgehen an einer effizienten Arbeit hindern. Es bedarf klar ausgeschriebener Ansprechpartner*innen und Handlungsmaßstäbe, um einer eigenen inhaltlichen Lähmung vorzubeugen, während wir uns mit Abgrenzungsfragen beschäftigen. Entscheidungen sollten darauf gerichtet sein, wirkungsstark für den Naturschutz als auch für unsere demokratischen Werte einzustehen.

Auch begeben wir uns in eine innerverbandliche Herausforderung. Zum einen Bedarf es der Mittel, zum anderen des Willens einen Handlungsrahmen einzuhalten und dabei gesamtverbandlich konsistent zu bleiben. Die Wirksamkeit des Handlungsrahmens setzt voraus, dass er konsequent umgesetzt wird. Die oben beschriebene Wertebasis könnte von NABU-Mitgliedern in Frage gestellt werden, was zu innerverbandlichen Diskussionen führen könnte, wenn unsere Wertebasis nicht so stabil ist, wie angenommen. Eine weitere Konsequenz des Papiers wird zudem ein Verlust der Mitglieder sein, die sich mit unseren Werten nicht identifizieren. Das Szenario reicht hier von Einzelfällen hinzu einem (unwahrscheinlichen) Massenaustritt.

Ein weiteres Risiko bezieht sich auf eine Zunahme rechter Interventionen in der Politik. Mit einer stärkeren Regierungsbeteiligung der AfD werden die in diesem Papier als Ausnahme formulierten Fälle zur Regel. Es könnte zu einer Normalisierung kommen, die bewirkt, dass Landesverbände und die Schiedsstelle sich dauerhaft mit Sanktionen und Einsprüchen befassen müssen. Auch öffentlichkeitswirksame Ausschlussverfahren sind dann möglich.

In Anbetracht dieser Risiken erscheint es wichtig, die Reaktionen der AfD auf unseren Handlungsrahmen zu beobachten. Wir müssen eine Neubewertung unserer Reaktionen vornehmen, wenn diese aufgrund einer Anpassung der Interventionsstrategien der AfD nicht mehr geeignet scheinen, unsere Prinzipien umzusetzen.

7. Unterstützungsangebote des NABU für seine Ehrenamtlichen und Gliederungen

Der NABU bietet seinen Gliederungen Hilfestellungen für die Einordnung der AfD und anderer rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Akteur*innen sowie für den Umgang damit an. Diese Hilfestellungen sollen möglichst allgemeinverständlich und gut verfügbar sein. Sie werden in regelmäßigen Abständen auf ihre Aktualität und Wirkung für die Gliederungen geprüft.

Mit der Broschüre „Rechte Aktivitäten im Naturschutz“²³ verfügt der NABU bereits über eine grundlegende theoretische Einordnung von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Argumenten sowie über einen Überblick zur versuchten Einflussnahme auf NABU-Akteur*innen. Eine weitergehende Betrachtung und die Bearbeitung einzelner Fallstudien erfolgt aktuell durch die Stiftung Naturschutzgeschichte und die Universität Kassel (Prof. Schroeder). Die Ergebnisse werden den NABU-Gliederungen zur Verfügung gestellt.

Hilfestellung, um spezifische Situationen besser einordnen zu können (z.B. bei Wahlprüfsteinen oder öffentlichen Erklärungen) bieten außerdem folgende Angebote:

Der NABU-Praxisleitfaden zum Umgang mit rechten Interventionen gibt Engagierten des NABU einen Überblick über praktische Handlungsoptionen bei Interventionen von rechts (in Erarbeitung, Stand Januar 2024).

²³ NABU-Studie „Rechte Aktivitäten im Naturschutz“

Das NAJU-Projekt „Kein Blattbreit den Rechten“ ermöglicht eine Ausbildung von Expert*innen zum Thema rechte Interventionen und deren Vernetzung. Der NABU prüft, ob es weiterer gezielter Bildungsmaßnahmen bedarf.

In der fachlichen Arbeit soll zukünftig stärker reflektiert werden, welche Angriffspunkte Themen und Strukturen des NABU für rechtspopulistisch Narrative oder das Auspielen von Zielkonflikten bietet. BGS-Fachreferent*innen sollen hier eine argumentative als auch thematische Unterstützung für den Gesamtverband bieten. Sie kennen dafür die fachlichen Diskurse und Themen und wissen, wie und wo interveniert wird. Rechtspopulistisch Narrative können sie dechiffrieren und wissen, ihnen argumentativ zu begegnen. Sie können den Handlungsrahmen (s.o.) anwenden.

Zudem sollte ein Rechtshilfefonds geplant werden, der Verbandsmitglieder unterstützen soll, die bei ihrer Arbeit strukturellen oder thematischen Angriffen von rechtspopulistische ausgesetzt sind.

8. Bindungswirkung und Kommunikation dieser Positionierung

Diese Position hat nach § 7 (8) der NABU-Satzung Bindungswirkung für den gesamten NABU und seine handelnden Akteur*innen. Landesverbände können in ihrem Rahmen eigene Papiere zum Umgang mit der AfD entwickeln, die auf landesspezifische Besonderheiten fokussieren. Sie sind dem BLR zur Kenntnis zu geben und sollen nicht von der Position des Bundesverbandes abweichen.